

Pressestimmen

FLÜCHTLINGSKRISE

LA STAMPA

„Zusammengebrochen“ Am Ende ist das, was wir Europa nennen – als wäre es wirklich eine politische Realität und nicht ein Puzzle aus Interessen, Schlaumeiereien und Heucheleien – unter dem Gewicht seiner eigenen Unfähigkeit zusammengebrochen: Keine Aufnahmequoten für Ausländer und Grenzen, die sich in einem traurigen Domino schließen.

La Stampa, Turin

POLITIKEN
den levende avis

„Provokation“ Während die EU in eine existenzielle Krise gestürzt wird und Syriens arme Nachbarländer unter dem Druck von Millionen von Flüchtlingen zusammenbrechen, wird an anderen Stellen im Mittleren Osten das Leben genossen. Gibt es etwas Provokierenderes als die Bilder aus Saudi-Arabien mit 100.000 Zelten mit Klimaanlage, die drei Millionen Flüchtlinge beherbergen könnten, aber nur für die jährliche Pilgerreise nach Mekka gebraucht werden?

Politiken, Kopenhagen

Kalenderblatt



DAS GESCHAH AM ...

16. September

- 1955: Der argentinische Präsident Juan Peron wird durch einen von der katholischen und der liberalen Opposition unterstützten Putsch des Heeres gestürzt und geht nach Spanien ins Exil.
- 1970: In Jordanien brechen blutige Kämpfe („Schwarzer September“) zwischen palästinensischen Guerillas und der Armee aus.
- 2000: Der ORF startet die erste Staffel der Reality-Soap „Taxi Orange“.

LESERBRIEFE

Lesermeinungen finden Sie auf der Leserdialoageite (Seite 19) und im Internet auf: nachrichten.at/leserbrieft



Im Gleichklang

Karikatur: Mayerhofer

Menschen

Thomas de Maizière

Pflichtbewusster Mann der Stunde

Von Christine Zeiner

Migration fällt in sein Ressort: Thomas de Maizière ist eigentlich der Mann der Stunde. Anders als das Bild von Angela Merkel geht seines aber nicht um die Welt. Der Innenminister agiert ruhig und im Hintergrund, Kritiker sagen: viel zu lange viel zu ruhig. Längst hätte er sich deutlich beherzter dem Thema Flüchtlinge widmen können.

Seit 2013 ist der Christdemokrat Innenminister, 2009 bis 2011 hatte er das Ressort schon einmal geführt. Dazwischen musste der enge Vertraute Merkels als Verteidigungsminister einspringen, nachdem der schillernde Amtsinhaber Karl-Theodor zu Guttenberg zurückgetreten war. Merkel brauchte jemanden, auf den sie sich hundertprozentig verlassen konnte – jemanden, der verkörpert, dass er das „Staatswohl über das eigene Ego“ stellt, wie es die „taz“ einmal formulierte.

De Maizière wirkt pflichtbewusst, durchaus auch kühl und arrogant. 1971 trat der heute 61-Jährige der CDU bei. 1990 traf der promovierte Jurist das erste Mal seine heutige Chefin. Merkel war damals Sprecherin des „Demokratischen Aufbruchs“ in der DDR, de Maizières Cousin Lothar der erste frei gewählte Ministerpräsident der DDR, und de Maizière selbst CDU-Sprecher in Westberlin.

Die Vorfahren der de Maizières waren nach dem Dreißigjährigen Krieg von Frankreich nach Brandenburg geflüchtet. Auch de Maizière ist Protestant. Für seine Position zum Kirchenasyl aber erhielt er kürzlich viel Kritik: Als Christ habe er Verständnis dafür, dass die Kirche in Einzelfällen Flüchtlingen Asyl gewähren würde, sagte er. Das Kirchenrecht



Der 61 Jahre alte CDU-Politiker ist seit 2013 Innenminister im Kabinett von Angela Merkel Foto: epa

könne aber nicht über dem deutschen Gesetz stehen.

Dass der verheiratete Vater dreier Kinder nicht nur korrekt und spröde sein kann, zeigte er unter anderem einmal im Interview mit der „WAZ“, in dem es um seine Liebe zum Fußballverein Borussia Dortmund ging. Eine ungewöhnliche Liebe für einen gebürtigen Bonner. Er habe sie sogar vererbt: „Einer von den beiden Söhnen ist richtig fanatisch.“

Leitartikel

Von Christoph Kotanko



Wer uns braucht und wen wir brauchen

Wer große Aufgaben bewältigen will, braucht zweierlei: Enthusiasmus und Wirklichkeitssinn. Es ist der Einsatzfreude der Zivilgesellschaft und der Flexibilität der Behörden zu verdanken, dass der Flüchtlingsandrang in den vergangenen Tagen anständig bewältigt wurde.

Die Botschaft von Nickelsdorf und anderen Hotspots der Völkerwanderung: Wer uns braucht, bekommt Beistand.

Österreich hat sich völkerrechtlich verpflichtet, Menschen, die in ihrer Heimat aus bestimmten, in der Genfer Flüchtlingskonvention genannten Gründen verfolgt werden, Asyl zu geben. Wobei die Rechtsvorschriften (Grenzübertritt, Registrierung, Aufenthalt etc.) in der Extremsituation außer Kraft gesetzt waren: Wenn 20.000 an einem Tag kommen, braucht kein Mensch Formulare.

Dieses Laissez-faire war möglich, solange Österreich nur Transitland war: 90 Prozent der Flüchtlinge zogen gleich weiter nach Deutschland. Seit dem Wochenende ist das anders. Angela Merkel hatte aus humanitären Gründen die Grenzen geöffnet, musste aber ihre Idee von der unlimitierten Aufnahme eindampfen; es drohte der Kollaps der Asylverwaltung.

Die nun praktizierten Grenzkontrollen ändern nichts am Recht auf Asyl. Kriegsflüchtlinge wird es weiter geben. Daran wird auch Orbans Stacheldraht wenig ändern.

Unter den Flüchtlingen ist freilich eine große Gruppe, auf die die Genfer Flüchtlingskonvention nicht zutrifft. Die Unterscheidung, wer den Rechtsanspruch zum Bleiben hat und wer nicht, muss wieder die Leitlinie der Flüchtlingspolitik werden.

Das bedeutet nicht, dass keiner bleiben darf, der nicht unter die Flüchtlingskonvention fällt. Es bedeutet, dass Österreich über seine völkerrechtlichen Verpflichtungen hinaus selbst entscheidet, wen es aufnimmt.

Unsere Geschichte ist durch Migrationsbewegungen geprägt. Die Zuwanderung wird nicht aufhören. Daher muss man sie regeln. Ansätze gibt es, etwa unter dem Bürokratenbegriff „Schlüsselarbeitskräfte“. Der und das dahinterstehende Konzept taugt wenig. Besseres muss die Regierung schnell schaffen.

Damit können beide Herausforderungen bewältigt werden. Der deutsche Staatsmann Richard von Weizsäcker hat es so formuliert: Das Asylrecht gilt für jene, „die uns brauchen“, und das Zuwanderungsrecht für jene, „die wir brauchen.“

Damit können beide Herausforderungen bewältigt werden. Der deutsche Staatsmann Richard von Weizsäcker hat es so formuliert: Das Asylrecht gilt für jene, „die uns brauchen“, und das Zuwanderungsrecht für jene, „die wir brauchen.“

c.kotanko@nachrichten.at

Wirtschaft verstehen

Federal Reserve: Tag der Entscheidung naht

Am Donnerstag wird die amerikanische Notenbank (kurz „FED“ für Federal Reserve) eine von den weltweiten Investoren mit besonderer Spannung verfolgte Sitzung abhalten. Seit Monaten gilt diese eine September-Sitzung der FED als wahrscheinlichster Termin für die erste Zinsanhebung seit fast zehn Jahren.

Die FED befindet sich in einer verzwickten Lage: Die US-Wirtschaft entwickelt sich kräftig, damit wäre das eigentliche Ziel der Tiefzinspolitik erreicht, und die Zinsen könnten langsam wieder auf ein „normales“ Niveau gehoben werden.

Was aber nicht in dieses Bild passen will, ist die viel zu tiefe Inflation. Ein nachhaltiger Aufschwung müsste sich in steigenden Löhnen und damit einem Anziehen der Inflation zeigen. Na gut, wird man sich sagen, dann soll die FED einfach zuwarten, bis auch noch die Inflation steigt.

Die Beibehaltung extrem tiefer Zinsen birgt aber Gefahren, wie etwa eine gefährliche Blasenbildung an den Aktienmärkten oder im Immobiliensektor. Es gilt also abzuwägen zwischen dem positiven Effekt konjunkturbelebender



VON TEODORO D. COCCA

Tiefzinsen und der Bananung der Gefahr von Kursblasen.

Anhand einer Vielzahl von Daten versucht die FED die zukünftige Entwicklung der US-Wirtschaft zu prognostizieren und darauf ihre Zinsentscheidungen abzustimmen. Die dafür verwendeten statistischen Modelle beinhalten aber immer eine gewisse unvermeidbare Unschärfe, da sie aus aktuellen Daten zukünftig zu erwartende Effekte abschätzen müssen.

Zurzeit kommen aber noch zusätzlich erschwerende Faktoren in die Entscheidungsfindung hinzu,

die außerhalb der USA liegen und deshalb strittig ist, inwieweit die FED diese überhaupt berücksichtigen sollte. Eine Zinserhöhung der FED würde den US-Dollar noch attraktiver machen und umgekehrt zu zusätzlichen Kapitalabflüssen aus kriselnden Staaten führen wie die Türkei, Russland oder Brasilien. Dies könnte allenfalls einige Schwellenländer vor ernsthaften Schwierigkeiten stellen. Diese dämpfenden „globalen“ Effekte würden die USA als größte Volkswirtschaft der Welt mittelfristig treffen.

Andererseits weiß der Markt, dass die FED alle diese Befürchtungen der Marktteilnehmer kennt.

Würde sie also trotz alledem doch die Zinsen erhöhen, würde dies signalisieren, dass sie davon ausgeht, dass die Weltwirtschaft robust genug bleibt, um auch höhere Dollarzinsen auszuhalten – damit wäre keine Zinserhöhung also eigentlich ein negatives Signal. Es zeigt sich, wie komplex die Entscheidungsfindung für eine Notenbank ist und wie viele Rückkoppelungseffekte zu beachten sind – neben vielen zahlenbasierten Analysen braucht es auch viel Psychologie.

Teodoro D. Cocca ist Professor für Asset Management an der Universität Linz